

Wilfried Buchta **Die sechsten  
iranischen Parlaments-  
wahlen vom  
Februar und Mai 2000**

**Etappensieg der Reformen ohne  
politische Wende**

**Bei den Parlamentswahlen 2000 errangen die Kandidaten der reformorientierten Kräfte um Präsident Khatami eine Zweidrittelmehrheit. Ob die Niederlage der konservativen Widersacher Khatamis allerdings den Weg für eine außenpolitische Öffnung Irans und die Durchsetzung der notwendigen soziopolitischen und wirtschaftlichen Reformen im Innern freimacht, bleibt ungewiss.**

Bei den in zwei Runden abgehaltenen iranischen Parlamentswahlen vom Februar und Mai 2000 errangen die reformerischen Kräfte um Präsident Khatami einen klaren Sieg. Der Ausgang der Wahlen markierte den vorläufigen Höhepunkt des erbitterten Machtkampfes zwischen dem konservativen und dem Reformerlager innerhalb der herrschenden Nomenklatura der Islamischen Republik Iran<sup>1)</sup>. Dieser Machtkampf hatte sich sukzessive zugespitzt, nachdem im Mai 1997 der liberale Reformkleriker Hojjatoleslam Mohammad Khatami als Gewinner aus den Präsidentschaftswahlen hervorgegangen war.<sup>2)</sup> Mit dem Sieg der Reformen endete eine achtjährige parlamentarische Vorherrschaft der konservativen Kräfte. Denn sowohl 1992 als auch 1996 hatten die Konservativen die Wahlen jeweils für sich entscheiden können.<sup>3)</sup> Gestützt auf eine breite Parlamentsmehrheit hatten sie zwischen 1992 und 1997 nicht nur die wirtschaftliche Liberalisierungspolitik von Präsident Rafsanjani (1989-1997) verwässert, sondern ab Herbst 1997 auch die meisten gesellschaftspolitischen Reformmaßnahmen seines Nachfolgers Khatami erfolgreich blockiert.

Ob indes die Übernahme des Parlaments durch die Khatami-Anhänger bereits deren endgültigen Triumph über ihre konservativen Widersacher und damit die unaufhaltsame, rasche Öffnung Irans gegenüber dem Westen bedeutet, ist fraglich. Schließlich ist die Legislative nur eines – wenngleich ein bedeutendes – von verschiedenen Machtzentren innerhalb der Islamischen Republik. Abgesehen von

der Legislative und der Exekutive unter Präsident Khatami behalten die Konservativen alle anderen dieser Machtzentren in der Hand, darunter die in reguläre Armee (*artesh*) und Revolutionswächter (*pasdaran*) aufgeteilten bewaffneten Streitkräfte, die primär zur Unterdrückung von Volksaufständen einsetzbaren Freiwilligenmilizen (*basij*), die Justiz, die staatlichen Rundfunk- und Fernsehmedien und die großen, wirtschaftlich einflussreichen, „Staaten im Staat“ bildenden revolutionären Stiftungen. Ihre Hauptstütze bleibt aber weiterhin der ihnen zugelegte, auf Lebenszeit gewählte Revolutionsführer. Der gegenwärtige Amtsinhaber, Ali Khamenei, verfügt qua Verfassung über weitreichende Machtbefugnisse, die jene des auf vier Jahre gewählten Präsidenten bei weitem übertreffen.<sup>4)</sup> Ungeachtet der derzeit bestehenden ungleichen Machtverteilung zwischen Reformern und Konservativen haben die Parlamentswahlen geringfügig günstigere Bedingungen für die dringend notwendigen soziopolitischen und wirtschaftlichen Reformen geschaffen. Dennoch sind zu deren Durchführung aber noch weiterreichende Veränderungen der ideologischen und Machtstrukturen als bisher erforderlich.

### ■ Die politischen Kräfte

Das äußerst komplexe politische Spektrum Irans lässt sich vereinfacht gesprochen in zwei Lager, ein konservatives und ein reformerisches, unterteilen. Die Protagonisten beider Lager sind Produkte der Islamischen Revolution von 1979, an deren Sieg sie mitgewirkt haben. Sowohl Konservative als auch Reformier trieben seither an maßgeblichen Positionen den Aufbau und die Konsolidierung der Islamischen Republik Iran voran, eines Staates, der stets mehr war, als die irreführende Worthülse des „Ayatollah-Regimes“ zu suggerieren schien. Wie bereits die Staatsbezeichnung Islamische Republik verrät, beinhaltet das Revolutionsregime von Anfang an zwei in der Verfassung von 1979 verankerte gegensätzliche ideologische Strukturelemente, ein islamisch-theokratisches und ein republikanisch-demokratisches Element. Sinnbild der Theokratie ist die Instanz des Revolutionsführers, während die jeweils alle vier Jahre vom Volk direkt gewählten Machtinstanzen des Präsidenten und des Parlaments

- 1) Zum Aufbau der Machtelite siehe Wilfried Buchta: *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, (Washington: Washington Institut for Near East Policy, 2000), S. 6-77 (im folgenden zitiert als Buchta: *Who Rules Iran?* (Washington: 2000).
- 2) Siehe dazu Wilfried Buchta: „Liberale Epochenwende im Teheraner Gottesstaat? Die iranischen Präsidentschaftswahlen vom 23. Mai 1997 und die neue Regierung“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 9/1997, S. 28-74.
- 3) Zu den Parlamentswahlen des Jahres 1996 siehe Wilfried Buchta: „Irans fraktionierte Führungselite und die fünften iranischen Parlamentswahlen“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 8/1996, S. 50-78.
- 4) Zu den Aufgaben und Machtbefugnissen des Revolutionsführers und der bewaffneten Streit- und Sicherheitskräfte siehe Wilfried Buchta: „Ein Haus mit vielen Herren: divergierende Machtzentren in der Islamischen Republik Iran“, in: *Orient* 39 (1998) 1, S. 41-84, hier S. 56-68.

das republikanische Element verkörpern. Generalisierend lässt sich festhalten, dass die Konservativen eine Beibehaltung oder sogar Erweiterung des theokratisch-autoritären Elements im Systemgefüge Irans befürworten. Im Gegensatz dazu suchen die Reformer die Theokratie zugunsten einer Stärkung des Republikanismus zurückzudrängen oder sogar abzuschaffen.

Folgt man der gängigen in Iran selbst verwendeten Terminologie, so setzt sich das Lager der Reformer aus zwei Flügeln zusammen, aus den traditionellen islamischen Linken (*chap-e eslami*) und den modernen Rechten (*rast-e modern*).<sup>5)</sup> Die Ursprünge der in verschiedene Gruppen und Organisation aufgeteilten Linksislamisten reichen bis in die Revolutionsjahre 1978/79 zurück. Zu den Linksislamisten gehören unter anderem die islamische Arbeiterpartei „Haus der Arbeit“ (*khane-ye kargar*),<sup>6)</sup> die mächtige von Mehdi Karrubi geführte „Gemeinschaft der Kämpfenden Kleriker“ (*majma'-e ruhaniyun-e mobarez*, MRM) und die mitgliederstarke islamische Studentenvereinigung des „Büro zur Einheitsfestigung“ (*daftar-e tahkim-e vahdat*).<sup>7)</sup> Einige Führer dieser Studentenvereinigung hatten entscheidenden Anteil bei der 444-tägigen Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran und der Geiselnahme der Botschaftsmitarbeiter. Zwischen 1980 und 1992 dominierten die Linksislamisten das iranische Parlament und waren für den staatswirtschaftlichen Kurs verantwortlich. Ab 1989 verloren sie jedoch nach und nach alle beherrschenden Machtpositionen an die konservativ-marktwirtschaftlich ausgerichteten Kräfte. Als sie nach den Parlamentswahlen von 1992 auch noch die Kontrolle über Legislative einbüßten, wurden sie in Randbereiche des Systems abgedrängt und zogen sich für fünf Jahre aus der Tagespolitik zurück.

Viele der heutigen linksislamischen Reformer waren in den achtziger Jahren Anhänger eines innenpolitisch autoritären, teils sogar totalitären Kurses. Doch ließen die Jahre der Opposition ab 1992 bei zahlreichen Linksislamisten die Einsicht reifen, dass mit den üblichen Methoden das System nicht mehr zu retten ist. Seither streben sie nach politischer Liberalisierung. Wirtschaftspolitisch lehnen sie aber weiterhin die Marktwirtschaft ab und favorisieren unter dem Stichwort „Soziale Gerechtigkeit“ einen

5) Für eine Übersicht zu den ideologischen Kategorien siehe die linksislamische Zweiwochenzeitschrift (auf Persisch) *‘Asr-e ma* (Teheran), 28. 12. 1994 und 31. 5. 1995.

6) Das „Haus der Arbeit“ hat sich Anfang Oktober 1998 offiziell als Partei konstituiert. Siehe die Monatszeitschrift (auf Arabisch) *Al-Mujaz ‘an Iran* (London), Nr. 86, November 1998, S. 19.

7) Genauer zu Zielen und Programmen der Linksislamisten siehe Buchta: *Who Rules Iran?* (Washington: 2000), S. 17-20.

auf Subventionen und Staatsintervention ausgerichteten Wirtschaftskurs.

Den zweiten Flügel des Reformerlagers bilden die Vertreter der modernen Rechten, eine politischen Gruppierung, die sich Anfang 1996 unter dem Namen „Diener des Wiederaufbaus“ (*kargozaran-e sazandegi*) als Partei konstituiert hatte.<sup>8)</sup> Ihren Aufstieg verdanken die Rechtsmodernisten den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Iran-Irak-Krieg (1980-1988), als der damalige Präsident Rafsanjani einen liberal-marktwirtschaftlichen Kurs verfolgte. Zu den profiliertesten Köpfen der Rechtsmodernisten gehören unter anderem ihr Generalsekretär Gholam-Hosein Karbastschi, der derzeitige Kulturminister im Kabinett Khatami, 'Ata'ollah Mohajerani, und der Chef der iranischen Zentralbank, Mohsen Nurbaksch, der dieses Amt bereits unter Rafsanjani innehatte. Karbastschi war von 1989 bis 1998 Oberbürgermeister von Teheran und hatte 1997 als Organisator des Wahlkampfes von Khatami maßgeblichen Anteil an dessen Wahlerfolg. Den Konservativen war er deshalb ein Dorn im Auge. Unter der Anklage von Unterschlagung im Amt bewirkten sie mit Hilfe der Justiz seinen Sturz. Im April 1998 wurde er verurteilt, einige Monate später inhaftiert, jedoch wenige Wochen vor den Wahlen, im Januar 2000, auf Fürbitte Rafsanjanis vom Revolutionsführer Khamenei amnestiert.<sup>9)</sup>

Ebenso wie das Lager der Reformier bildet auch jenes der Konservativen keinen monolithischen Block. Zumindest zwei größere Strömungen lassen sich unterscheiden, wobei deren erste, auf Persisch traditionelle Rechte (*rast-e sonnati*) genannt, die bei weitem größere und wichtigere ist. Die traditionelle Rechte besteht primär aus zwei Gruppierungen, der konservativen Klerikerorganisation „Vereinigung des militanten Klerus“ (*jame'-e ruhaniyat-e mobarez*, JRM) und der Bazarhändlervereinigung „Koalition der Islamischen Kräfte“. Traditionell ist der Bazar in Iran sehr einflussreich und kontrolliert seit 1979 auch den Außenhandel des Landes. Am Rande des konservativen Lagers findet sich eine Strömung islamischer Extremisten, die sich unter anderem aus militanten Gruppierungen wie den Schlägertrupps der „Helfer der Hezbollah“ (*ansar-e hezbollah*) zusammensetzt.<sup>10)</sup> Daneben gehören auch das gesamte

8) Ausführlich zur Gründungserklärung der „Diener des Wiederaufbaus“ siehe (auf Persisch) *Ettela'at* (Teheran), 18.2.1996, S. 2.

9) Siehe (auf Arabisch) *Al-Watan al-'Arabi* (Kuwait), 26.1.2000, S. 6.

10) Zu den Ursprüngen der Gruppe siehe (auf Arabisch) *Al-Mujaz 'an Iran* (London), Nr. 87, Dezember 1998, S. 18 f.

Freiwilligenkorps der *basij* sowie jeweils Teile der Revolutionswächter, der Polizeikräfte und der diversen Geheimdienste, an ihrer Spitze das Geheimdienstministerium (VEVAK), zum organisatorischen Netzwerk der islamischen Extremisten. Finanziert werden die islamischen Extremisten zu einem guten Teil durch die wirtschaftlich mächtigen revolutionären Stiftungen, wie die Entrechtetenstiftung (*bonyad-e mostaz'afan*), die ausserhalb jeder Kontrolle von Regierung und Parlament stehen und nur dem Revolutionsführer verpflichtet sind.<sup>11)</sup>

11) Über Einfluss und Aufbau der wichtigsten Stiftungen siehe Buchta: *Who Rules Iran?* (Washington: 2000) S. 73-77.

12) Ausführlich dazu Buchta: *Who Rules Iran?* (Washington: 2000) S. 180-184.

Das Spektrum der Positionen innerhalb des konservativen Lagers ist ebenso breit wie im Refomerlager. Neben machtbewussten Realpolitikern, die insbesondere in Wirtschaftsfragen zu Pragmatismus und Kompromissen neigen, gibt es extrem gewaltbereite Gruppen, die zur Aufrechterhaltung ihres Ideals einer traditionalistisch islamischen Gesellschaft auch vor Morden an inneriranischen Dissidenten nicht zurückschrecken.

### ■ Die Ausgangslage vor den Wahlen

Seit Khatamis Amtseinführung ins Präsidentenamt im August 1997 hatten die Konservativen wichtige Kernelemente seines Reformprogramms, sei es mit der von ihnen kontrollierten Justiz, sei es mit ihrer Mehrheit im Parlament, blockiert. Lediglich auf einigen Gebieten wie der Kulturpolitik und der Presse- und Meinungsfreiheit konnte Khatami begrenzte Freiräume erobern. So vervielfachte sich in den ersten zwei Jahren die Zahl der von Khatamis Kulturminister lizenzierten Zeitungen und Zeitschriften. Damit einher erweiterte sich auch der Bereich dessen, was als Kritik an Staat und Gesellschaft unter Beachtung der bestehenden System- und Verfassungsgrenzen toleriert wurde. Auch die gegen den Widerstand der Konservativen durchgesetzten ersten Kommunalwahlen von Februar 1999 müssen als ein innenpolitischer Erfolg der Reformer betrachtet werden. Denn diese Wahlen verschafften den Khatami-Anhängern Mehrheiten in den meisten Kommunalräten und Rathäusern Irans, einschließlich dem von Teheran, und bereiteten den Boden für den späteren Sieg der Reformer in den Parlamentswahlen.<sup>12)</sup>

Doch mussten die Reformer auch eine Reihe von Rückschlägen hinnehmen. Dazu zählt etwa die Niederlage in den im Oktober 1998 abgehaltenen Wahlen zum Expertenrat, einem aus schiitischen Theologen zusammengesetzten Gremium, das den Revolutionsführer wählt und ihn im Falle von Untauglichkeit auch absetzen kann. Da der von den Konservativen beherrschte Wächterrat, der laut Verfassung für die Vorauswahl der Kandidaten verantwortlich ist, einen Großteil der pro-Khatami-Aspiranten abwies, hatten die Reformer keine Chance. Ebenfalls als erfolglos erwiesen sich Khatamis Bemühungen um einen substantiellen Durchbruch in den Beziehungen Irans zur Führungsmacht des Westens, den USA, die in den zum politischen Ritual gewordenen Freitagspredigten der iranischen Staatsführung auf dem Teheraner Universitätscampus immer noch als „Großer Satan“ verurteilt werden. Zweifellos haben Khatamis außenpolitische „Charmeoffensiven“ und sein primär an die USA gerichtetes Angebot eines „Dialogs der Kulturen“ zu einer Erwärmung der Beziehungen Irans mit der EU beigetragen. Nicht zuletzt durch diskreten, aber nachhaltigen Druck Khatamis auf Khamenei konnten sich die nach dem Mykonos-Urteil vom April 1997 auf den Tiefpunkt gesunkenen Beziehungen Irans zur EU bis Mitte 1998 wieder weitgehend normalisieren.<sup>13)</sup> Doch sollte nicht vergessen werden, dass verbesserte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Europa auch im Interesse der Pragmatiker im Lager Khatamis lagen. Schließlich sind sich Reformer wie Konservative in Iran weitgehend einig, dass angesichts der prekären Wirtschaftslage Irans, die durch das anhaltende US-Embargo noch verschärft wird, normalisierte Wirtschaftsbeziehungen zur EU notwendig sind, soll das System mittelfristig nicht wirtschaftlich kollabieren. Parallel zur Entspannungspolitik gegenüber Europa gelang es Iran unter Khatami auch, sein Verhältnis zu einer Reihe pro-amerikanischer Staaten der arabischen Welt, wie Saudi-Arabien, Kuwait und Ägypten, nachhaltig zu verbessern. Der Teheraner OIC-Gipfel vom Dezember 1997 bescherte der Islamischen Republik Iran, die seit 1979 mit dem Stigma des revolutionären Aussenseiters behaftet war, eine weitgehende Rehabilitation als vollwertiges Mitglied in der in der OIC zusammengefassten islamischen Staatengemein-

13) Wilfried Buchta: „Richtungswechsel in Irans Außenpolitik?“, in: *Internationale Politik* (Bonn/Berlin), Nr. 3, März 1998, S. 43-50.

14) Siehe Ruhollah K. Ramazani: „The Emerging Arab-Iranian Rapprochement“, in: *Middle East Policy*, Vol. 6, No. 1, June 1998, S. 45-62.

schaft.<sup>14)</sup> Am weitesten gedieh Irans Annäherung an den langjährigen politischen Antipoden Saudi-Arabien, der Führungsmacht der arabischen Golfstaaten. Nachdem beide Seiten zuvor einen Teil ihrer politischen und ökonomischen Meinungsverschiedenheiten, z.B. über die OPEC-Ölförderquoten, beilegen konnten, ziehen Teheran und Iran seit März 1998 auch in der OPEC an einem Strang. Zum Missfallen der USA führte diese saudisch-iranische *détente* dazu, dass die zwischenzeitlich stark verfallenen Rohölpreise auf das derzeitige Niveau von weit über 20 \$ Dollar anstiegen.

Innenpolitisch war Khatami weitaus weniger erfolgreich. Zug um Zug schalteten die Konservativen einige der mächtigsten Mitstreiter Khatamis politisch aus, zu nennen ist dabei neben Karbastschi vor allem Innenminister 'Abdollah Nuri, den das Parlament im Juni 1998 durch Misstrauensvotum zu Fall brachte.<sup>15)</sup> Darüber hinaus ließ die konservativ dominierte Justiz seit Sommer 1998 immer wieder die kritischsten Zeitungen der pro-Khatami Presse unter fadenscheinigen Begründungen wie Herabsetzung des Islam oder konter-revolutionärer Propaganda schließen und deren Herausgeber und Chefredakteure verhaften. Prominentestes Opfer dieser Kampagne der Justiz wurde der enge Khatami-Berater 'Abdollah Nuri, der nach seinem Sturz die Zeitung *Khordad* herausgegeben hatte. Ende November 1999 verurteilte ihn der Sondergerichtshof der Geistlichkeit zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe.<sup>16)</sup> Mit der Einkerkierung Nuris, des furchtlosesten und schärfsten Kritikers einer uneingeschränkten islamistischen Autokratie,<sup>17)</sup> verlor die Reformbewegung eines ihrer wichtigsten Zugpferde für die Parlamentswahlen 2000.

Der Schließung von *Khordad* und der Verhaftung Nuris musste Präsident Khatami ohnmächtig zusehen. Wie begrenzt Khatamis Macht ist, hatten bereits die mysteriösen Morde an einer Reihe iranischer Dissidenten im Herbst 1998 deutlich gemacht. Offenbar verfolgten die Mörder das Ziel, in Khatami der Öffentlichkeit das Bild eines zur Wahrung von Recht und Sicherheit unfähigen Präsidenten zu vermitteln, und damit den Boden für ein parlamentarisches Absetzungsverfahren gegen den Präsidenten zu bereiten. Nur unter Aufbietung aller politischen

15) Vgl. dazu (auf Arabisch) *Al-Hayat* (London), 22. 6. 1998, S. 4.

16) Siehe dazu (auf Arabisch) *Asb-Sbarq al-Awsat* (London), 28. 11. 1999, 1, S. 2.

17) Ausführlich zu den von ihm vorgebrachten Argumenten gegen eine unumschränkte Theokratie siehe (auf Persisch) 'Abdollah Nuri: *Sbukan-e Eslah. Defa'iyat-e 'Abdollah Nuri* („Der Schiringsbecher der Reform. Die Verteidigungsreden 'Abdollah Nuris“), Teheran, 2000, S. 164-169.



Druckmittel und Listen vermochten Khatami und seine engsten Sicherheitsberater diese bedrohliche Krise zu meistern. Nach zweimonatige zähen Ringen hinter den Kulissen trotzten sie der Führungsspitze des iranischen Geheimdienstministerium VEVAK Anfang Januar 1999 das Geständnis ab, dass VEVAK-Mitarbeiter in die Morde verwickelt waren. Doch eine vollständige Aufklärung der Hintergründe und Auftraggeber der Morde konnte der konservative Justizapparat, der sich auf eine Verschleppungstaktik verlegte, abwenden.<sup>18)</sup> Auch die von Khatami im Februar 1999 erzwungene Abdankung des ins Zwielicht geratenen Geheimdienstministers Dorri Najafabadi führte weder zu einer grundlegenden internen Neustrukturierung des VEVAK noch zu dessen Unterstellung unter die gewählte Exekutive unter Präsident Khatami. Denn der neue VEVAK-Ressortchef, 'Ali Yunesi, ist ebenso wie sein Vorgänger ein Parteigänger von Revolutionsführer Khamene'i, der seine Wahl durchgesetzt hatte.<sup>19)</sup>

Obwohl der offizielle Wahlkampf nur eine Woche vor dem ersten Wahlgang vom 18. Februar 2000 erlaubt war, rührten beide Lager bereits seit Herbst 1999 auf andere, indirekte Weise ihre Wahlkampftrommeln für ihre Kandidaten und Programme. Im Vorteil waren dabei die Konservativen, weil sie die staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten beherrschten. Wettmachen konnten die Reformer diesen Vorteil ihrer Gegner durch die Unterstützung der auflagenstärksten Zeitungen der pro-Khatami-Presse und der Sympathien, die ihnen sowohl von großen Teilen der Bevölkerung als auch vom Ausland entgegengebracht wurden. Zum ersten Mal traten zu den Parlamentswahlen des Jahres 2000 Parteien, die sich in den Jahren 1996 bis 1999 gebildet hatten, an. Ebenso wie bei den vorangegangenen Wahlen durften allerdings auch diesmal nur Einzelpersonen gewählt werden. Um dieser Einschränkung entgegenzuarbeiten, bildeten die Parteien und politischen Berufsverbände (*anjoman*) Wahlbündnisse und einigten sich auf die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten. Den Wählern oblag es, die Listen zu studieren und anhand von fotokopierten Wahlkampflisten an der Wahlurne aus der großen Anzahl der Kandidaten denjenigen mit der ihnen genehmen Orientierung zu bestimmen. Insgesamt 18 reformorientierte Ver-

18) Für eine zusammenhängende Beschreibung und Analyse der Dissidentenmordaffäre im Zeitraum Oktober 1998 bis Juni 1999 siehe Buchta: *Who Rules Iran?* (Washington: 2000) S. 156-170.

19) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sbarq al-Awsat* (London), 25. 2. 1999, S. 2.



- 20) *Der Khordad* ist der 3. Monat (22.5. 21.6.) des persisch-islamischen Sonnenjahrkalenders. Am 2. *Khordad* 1375, dem 23. Mai 1997, gewann Khatami die iranischen Präsidentschaftswahlen.
- 21) Siehe dazu (auf Persisch) die Wochenzeitung *Aban* (Teheran), Nr. 55, 12.12.1998, S. 2.
- 22) Dazu siehe Buchta: *Who Rules Iran?* (Washington: 2000) S. 61-63.
- 23) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 17.12.1999, S. 1.

bände und Parteien hatten sich im Dezember 1999 zu einem Wahlkampfbandnis unter dem Namen „Front des 2. Khordad“ zusammengeschlossen.<sup>20)</sup> Die von ihnen aufgestellte Wahlkampfliste trug den Namen „Partizipation“ (*mosharakat*), ein Name, der sich an die im November 1998 konstituierte Khatami-Partei „Partizipationsfront des Islamischen Iran“ anlehnte.<sup>21)</sup> Der Vorsitzende dieser Partei, der Khatami-Bruder Mohammad Reza Khatami, konnte später bei den Wahlen in Teheran die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Für vorübergehende Spannungen im Reformertager sorgte die Kandidatur Rafsanjanis, dem nach dem Ende seiner Präsidentschaft nur noch das – wenngleich mächtige – Amt des Vorsitzenden des Feststellungsrates blieb. Wenn der Wächterrat Gesetzesentwürfe des Parlaments als unislamisch zurückweist, kommt dem Feststellungsrat in Abstimmung mit dem Revolutionsführer die Aufgabe zu, durch sein die übergeordneten Systeminteressen festlegendes Votum die gesetzgeberische Blockade zu lösen.<sup>22)</sup> Anfänglich hatte Rafsanjani nicht nur Khatamis Präsidentschaft unterstützt, sondern diese durch sein entschiedenes Machtwort zugunsten freier ungefälschter Präsidentschaftswahlen im Mai 1997 überhaupt ermöglicht. Später indes rückte Rafsanjani stillschweigend von seinem Nachfolger ab, wohl weil er ihn selbst als Präsident für inkompetent und dessen Reformprogramm als zu gefährlich für die Stabilität des maßgeblich von ihm mitgestalteten Systems hielt. Seit 1998 ist das Verhältnis zwischen Rafsanjani und Khatami stärker von unausgesprochener Rivalität denn von Einvernehmen bestimmt. Zum Schrecken vieler Reformer verkündete Rafsanjani Mitte Dezember 1999, dass er für einen Parlamentssitz kandidieren wolle, was er mit seiner Meinung begründete, dass er ein unentbehrlicher Vermittler sei und nur er die Konflikte beider Lager in einer dem „Systeminteresse dienlichen Weise“ ausgleichen könne.<sup>23)</sup> Die Khatami-Anhänger argwöhnten indes, dass Rafsanjanis wahre Absicht der Gewinn des Parlamentsvorsitzes war, den Rafsanjani bereits zwischen 1981 und 1989 auf virtuose Weise ausgeübt hatte. Der Parlamentsvorsitz, immerhin das laut Verfassung dritthöchste Staatsamt, hätte ihn befähigt, selbst bei einer Parlamentsmehrheit der Reformer viele von deren

Reformvorhaben bereits im Ansatz zu entschärfen. Nicht zuletzt dieser bedrohlichen Aussicht wegen intensivierten die Reformer ihre heftigen Attacken auf Rafsanjani, dessen frühere Wirtschaftspolitik sie geißelten und den sie indirekt der Förderung von Korruption zeigten. Erbost darüber, entschloss sich Rafsanjani im Januar, auf der Liste der Konservativen zu kandidieren.<sup>24)</sup> Im Gegensatz dazu schloss sich die von ihm im Februar mitbegründete Partei der „Diener des Aufbaus“ dem Wahlbündnis der Khatami-Anhänger an.

Bis zum 18. Dezember 1999 hatten sich 6860 Bewerber, einschließlich 504 Frauen und 35 Nichtmuslime, in die Kandidatenwahllisten eingetragen. Fünf Parlamentssitze sind nach der Verfassung für die Kandidaten der nichtmuslimischen Minderheiten der Juden, Zoroastrier sowie der armenischen, assyrisch-chaldäischen und nestorianischen Christen reserviert. Wie seit allen Parlamentswahlen seit 1992 entbrannte vor den sechsten Parlamentswahlen zwischen den rivalisierenden Fraktionen der Machtelite ein hitziger Streit um die Frage, wie weit die Kompetenzen des Wächterrates bei der Überwachung der Wahlen reichen. Gemäß Verfassungsartikel 99 hat der Wächterrat die Aufgabe, die Wahlen für den Expertenrat, den Staatspräsidenten, das Parlament sowie alle Formen von Volksreferenden zu überwachen.<sup>25)</sup> Rigoros hatte der seit 1990 allein von Konservativen dominierte Wächterrat seine Vollmachten genutzt, um seither die Mehrzahl der linksislamischen Kandidaten bei Wahlen zu disqualifizieren. Unterstützung erhielt der Wächterrat dabei seit 1991 stets von Revolutionsführer Khamene`i, der, wie der Wächterrat selbst, den Artikel so auslegte, dass er nicht nur die Überwachung des ordnungsgemäßen Wahlablaufs, sondern auch die Prüfung der Kandidaten auf ihre religiöse und politische Zuverlässigkeit mit einschloss.<sup>26)</sup> Widerspruch dagegen kam von Khamene`is politischem Erzrivalen, Großayatollah Hosein `Ali Montazeri, der bis März 1989 designierter Nachfolger Khomeinis im Amt des Revolutionsführers war, dann aber bei diesem in Ungnade gefallen war.<sup>27)</sup> Montazeri, seit seiner Entmachtung 1989 unter striktem Hausarrest in Qom, meldete sich im Januar 2000 in einem aufsehenerregenden Presseinterview wieder zu Wort. Gestützt auf seine Erfah-

24) Siehe dazu das Wochenmagazin (auf Arabisch) *Al-Wasat* (London), 17. 1. 2000, S. 28-29.

25) Vgl. *The Constitution of the Islamic Republic of Iran*, 2<sup>nd</sup> edition (Teheran: Islamic Propagation Organization, 1990), S. 65.

26) Vgl. Asghar Schirazi: *The Constitution of Iran. Politics and the State in the Islamic Republic*, (London: I.B. Tauris, 1997), S. 89.

27) Ausführlich zu Montazeris politischen und religiösen Werdegang siehe Wilfried Buchta: *Die iranische Schia und die islamische Einbeit 1979-1996*, (Hamburg: Deutsches Orient-Institut, 1997), S. 115-131.

- 28) Siehe A.W. Samii: „Iran’s 2000 Elections“, in: *MERIA* (Middle East Review of International Affairs), Vol. 4, No. 1, March 2000, S. 1-19, hier S. 3.
- 29) Vgl. dazu (auf Arabisch) *Al-Quds al-Arabi* (London), 6. 1. 2000, S. 3.
- 30) A.W. Samii: „Irans 2000 Elections“, in: *MERIA* (Middle East Review of International Affairs), Vol. 4, No. 1, March 2000, S. 1-19, hier S. 6.

zung als ehemaliger Vorsitzender des Expertenrates, der unter ihm 1979 die Verfassung ausgearbeitet hatte, erklärte er, dass seiner Auslegung gemäß der Wächterratt nur den Wahlablauf, nicht jedoch die Kandidaten zu überwachen habe.<sup>28)</sup> Ungeachtet dieser Einwände bestätigte Revolutionsführer Khamene`i wenig später erneut öffentlich das Recht des Wächterrates zur Kandidatenvorauswahl.

Weitaus größere Kreise als der Montazeri-Protest zog indes ein anderer öffentlicher Streit zwischen der konservativen Mehrheitsfraktion im ausgehenden Parlament auf der einen und den Khatami-Anhängern und dem Innenministerium auf der anderen Seite. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie hoch das nötige Wählerquorum zum Erhalt eines Parlamentsmandates sein müsse. Während die Konservativen forderten, dass eine einfache Mehrheit zum Mandatsgewinn ausreiche, und zudem auf Abschaffung der Nachwahlen drangen, beharrten die Reformer auf der bisherigen Regelung, nach der ein Mandatsgewinner mindestens ein Drittel der Wählerstimmen seines Bezirks erhalten müsse. Nach erbitterten Diskussionen erzielten beide Seiten einen Kompromiss. Er sah vor, dass jeder Kandidat, der mindestens 25 Prozent der in seinem Wahlkreis abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, ein Mandat gewinnt. Im Falle von Nachwahlen genügt zum Gewinn eines Parlamentsmandats eine einfache Mehrheit.<sup>29)</sup>

Nach längeren Beratungen veröffentlichte der Wächterratt am 7. Februar die Namensliste der von ihm gebilligten Kandidaten, von denen 576 Kandidaten diesmal in ihren Augen keine Gnade fanden. Immerhin hatten die Reformer vor den Wahlen eine Konzession abgerungen, die zumindest der bisher geübten absoluten Willkür geringfügige Schranken auferlegte. So verpflichtete sich der Wächterratt diesmal, allen abgelehnten Bewerbern eine schriftliche Begründung ihres Votum zukommen zu lassen. Zwei Tage vor dem Urnengang verkündete das iranische Innenministerium, dass die Gesamtzahl der zugelassenen Kandidaten 6 083 Personen betrug.<sup>30)</sup> Mit weniger als 10 Prozent fiel die Zahl der abgelehnten pro-Khatami-Kandidaten weitaus geringer aus als befürchtet worden war. Noch vier Jahre zuvor, 1996, hatte der Wächterratt bei den Parlamentswahlen von etwa 5 000 Kandidaten insgesamt über 1 500 Bewerber

ber zurückgewiesen.<sup>31)</sup> Waren diesmal von den prominentesten Köpfen der Reformerbewegung relativ wenige ausselektiert worden, wahrscheinlich weil sie die politische Protektion mächtiger Familien genossen, lehnte der Wächterrat wiederum alle Bewerber ab, die der vom Regime geduldeten national-religiösen Opposition um die *Iranische Freiheitsbewegung* angehörten. Damit wiederholte sich ein seit 1984 geübtes Verfahrensmuster, das den national-religiösen Kräften stets den Einzug in Parlament verwehrte.

### ■ Die Ergebnisse der ersten und zweiten Wahlrunde

Der erste Wahlgang fand am 18. Februar statt. Da sich die allermeisten Wähler in disziplinierter und ruhiger Weise am Urnengang beteiligten, kamen die zur Verhinderung eventuellen Aufruhrs präventiv in Bereitschaft gehaltenen 120 000 Polizisten nicht zum Einsatz. Den Einsatz von Computern zur Auszählung der Stimmen hatte der Wächterrat abgelehnt, so dass alle Stimmen per Hand gezählt werden mussten. Bereits bald nach Schließung der in der Regel für zwölf Stunden geöffneten Wahllokale zeichnete sich ein klarer Sieg für die Reformer ab. Doch dauerte es dann noch bis zum 26. Februar, bis ein erstes vorläufiges Ergebnis vom Innenministerium verkündet werden konnte. Demnach hatten von den 38,7 Millionen wahlberechtigten Iranern 26,8 Millionen, d. h. 69,25 Prozent an den Wahlen teilgenommen. Von den insgesamt 290 zu vergebenden Parlamentssitzen entfielen 148 auf die Reformer, 37 auf die Konservativen, 35 auf unabhängige Kandidaten und fünf auf Vertreter der religiösen Minderheiten.<sup>32)</sup> Dieses Ergebnis glich einem Erdrutschsieg für die Reformer. Ganz besonders beeindruckend fiel deren Sieg aber in der Hauptstadt Teheran mit ihren 30 Parlamentssitzen aus. In Teheran errangen sie 29 Sitze. Lediglich ein einziger konservativer Kandidat, der frühere Staatspräsident Rafsanjani, konnte einen Parlamentsitz erobern. Doch landete Rafsanjani mit einem blamablen Ergebnis von 25,48 Prozent der abgegebenen Stimmen weit abgeschlagen auf dem 30. und damit allerletzten Platz. Die meisten Stimmen entfielen auf den Bruder des Präsidenten, Mohamed-Reza Khatami. Auf die Plätze Nummer zwei und drei kamen Jamile Kadivar, die Ehefrau von Kulturminister

31) Wilfried Buchta: „Irans fraktionierte Führungselite und die fünften iranischen Parlamentswahlen“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 8/1996, S. 50-78, hier S. 69.

32) A.W. Samii: „Irans 2000 Elections“, in: *MERIA* (Middle East Review of International Affairs), Vol. 4, No. 1, March 2000, S. 1-19, hier S. 1.

33) Einen detaillierten Überblick über die Einzelergebnisse in Teheran liefert (auf Persisch) die Zeitung *Ettela'at* (Teheran), 28. 2. 2000, S. 2.

34) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 2. 3. 2000, S. 2.

35) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 13. 3. 2000, S. 2.

36) *Neue Zürcher Zeitung* (Zürich), 16. 3. 2000, S. 2.

‘Ata`ollah Mohajerani und Ali-Reza Nuri, der Bruder des in Haft befindlichen ehemaligen Innenministers ‘Abdollah Nuri.<sup>33)</sup>

Als jedoch einige der Teheraner Wahlergebnisse angefochten wurden, darunter auch von demjenigen Kandidaten, der nach Rafsanjani den 31. Platz errungen hatte, entschied die Kommission auf Weisung des Wächterrates Anfang März 2000, eine Neuauszählung der Teheraner Stimmergebnisse vorzunehmen.<sup>34)</sup> Die Neuauszählung wurde nach einer Woche wieder ausgesetzt, kurze Zeit später allerdings wieder aufgenommen. Das undurchschaubare Verwirrspiel über den endgültigen Wahlausgang in Teheran, hinter dem sich eine neue Runde des Machtkampfs zwischen Reformern und Konservativen verbarg, war nicht das einzige Ereignis, das die Iraner in Sorge und Furcht versetzte. Am 12. März verübten Attentäter in der Teheraner Innenstadt einen Mordanschlag auf Sa‘id Hajariyan, Herausgeber der Teheraner Tageszeitung *Sobh-e Emruz*. Hajariyan, der auch ein enger politischer Berater Präsident Khatamis ist, wurde von zwei Geschossen im Kopf getroffen und unmittelbar nach der Tat ins Krankenhaus eingeliefert. Den zwei Attentätern gelang es auf einem großen PS-starken Motorrad, das gewöhnlich nur von Sicherheitskräften benutzt wird, unerkannt zu entkommen.<sup>35)</sup> Offenbar war der aufklärerische Chefredakteur Hajariyan Opfer seines eigenen Wagemuts geworden. In der von ihm seit Oktober 1998 herausgegebenen Zeitung hatten vor allem die investigativen Artikel aus der Feder des Journalisten Akbar Gandschi über die Dissidentenmorde beträchtliche Aufmerksamkeit erregt. Dagegen zogen die Khatami-Gegner mit acht unterschiedlichen bei der Justiz eingereichten Anklagen gerichtlich zu Felde. Ein offenes Geheimnis war, dass Gandschi bei seinen Artikeln von dem Erfahrungsschatz Hajariyans selbst, der ein Vorleben als Geheimdienstler hatte, profitieren konnte. Von Mitte der achtziger bis Anfang der neunziger Jahre arbeitete Hajariyan als Spezialist für psychologische Kriegsführung im VEVAK, wo er sich bis zum stellvertretenden Ressortchef hochdienen konnte.<sup>36)</sup> Vor den Präsidentschaftswahlen von 1997 schloss sich Hajariyan Khatami an, und errang sich als einer seiner wichtigsten Wahlkampfstrategen Verdienste für die Reformbewe-

gung. Der Anschlag auf Hajariyan, der letztlich, wenn auch schwer verletzt und wohl für immer verkrüppelt überleben konnte, wurde von sämtlichen Reformern und auch einem Teil der Konservativen in der iranischen Führung als Terrorakt scharf verurteilt.

Von Anfang an vermuteten die Reformer, dass den Konservativen nahestehende islamische Extremisten hinter dem Anschlag steckten, während die Konservativen dafür „ausländische Feinde Irans“ verantwortlich machten. Tatsächlich schienen die blutigen Terroranschläge, die die von Irak aus operierenden Iranischen Volksmohajedin nur wenige Tage nach dem Hajariyan-Attentat auf Militäranlagen in Teheran verübten, auch andere Tätergruppen denkbar erscheinen zu lassen.

Zwei Wochen nach dem Attentat gaben die iranischen Behörden unter Berufung auf das VEVAK-Ministerium die Verhaftung des Schützen und seiner Helfershelfer bekannt. Bei dem Schützen handelte es sich um einen Chemie-Studenten aus Teherans südlicher Vorstadt Ray, der als islamischer Extremist bekannt war. Nach Angaben gehörten die insgesamt zehn Tatverdächtigen, darunter auch ein Angehöriger der Revolutionswächter, keiner bestimmten politischen Richtung an und hätten angeblich nur aus rein persönlichen Motiven gehandelt. Fast wortgleiche Formulierungen hatte der auf Abwiegelung bedachte VEVAK auch im Januar 1999 verwendet, als er eingestand, dass eigene Mitarbeiter bei den Dissidentenmorden mitwirkten. Damit gab sich jedoch die iranische Reformpresse nicht zufrieden. In ihren Zeitungen äußerten sie den offenen Verdacht, dass es einen Verschwörerbund islamischer Extremisten in den Geheimdiensten, den staatlichen Rundfunk- und Fernsehmedien sowie den *pasdaran* und *basij* gebe, der hinter den staatlichen Organen ein geheimes paralleles Netzwerk der Macht aufgebaut habe. Aufgebracht über diese Verdächtigungen, drohte der den Konservativen zugerechnete Justiz-Chef Irans, Ayatollah Mahmud Al-Hashemi-Shahrudi, daraufhin allen Reformzeitungen, die sich nicht an die offiziellen Verlautbarungen von Justiz und VEVAK hielten, mit harten Sanktionen. Allerdings ließ sich die Presse, die auf das im Pressegesetz enthaltene Zensurverbot pochte, nicht einschüchtern.<sup>37)</sup>

37) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 3. 2000, S. 7.

Dass die Parallelmacht-Theorie der Reformpresse der Wahrheit vermutlich recht nahe kommt, zeigte ein Bericht der arabischen Tageszeitung *Ash-Sharq al-Awsat*, der sich auf Beraterkreise des iranischen Präsidenten Khatami beruft. In ihm wird beschrieben, wie zweien der Hauptdrahtzieher des Hajariyan-Attentats, beide Offiziere im Spezialgeheimdienst der Revolutionswächter, durch aktive Hilfe der Führung der Revolutionswächter per Flugzeug die Flucht nach Pakistan ermöglicht wurde.<sup>38)</sup>

Ende März 2000 beauftragte Irans Justiz-Chef einen neuen Untersuchungsrichter, der für seine einseitige Parteilichkeit zugunsten der Konservativen bekannt ist, mit der Fortführung der Ermittlungen im Fall Hajariyan.<sup>39)</sup> Für die Reformpresse war dies nur ein erneuter Beweis dafür, dass die Konservativen in der Staatsführung mit allen Mitteln die Tathintergründe für den Anschlag auf Hajariyan zu verschleiern suchten. In dieser aufgeheizten innenpolitischen Stimmung verdichteten sich Mitte April Spekulationen über einen bevorstehenden Putsch der Revolutionswächter gegen Präsident Khatami mit dem Ziel, die Parlamentswahlen zu annullieren und Ex-Präsident Rafsanjani wieder an die Macht zu bringen.<sup>40)</sup> Nahrung erhielten solche Gerüchte auch vor allem durch einen offenen Brief, den eine Anzahl von Kommandeuren der Revolutionswächter und der *basisj*-Miliz an die Adresse der prominenten Reformler und der sie unterstützenden Presse gerichtet hatten. In ihm drohten sie den Reformern mit harten „Schlägen auf das Haupt“, sollten sie fortfahren, die „ausländische Kontrolle über das Land“ zu fördern.<sup>41)</sup> Vor dem Hintergrund dieser gefährlich zuge-spitzten Lage sah sich Revolutionsführer Khamene'i gezwungen, die Lage zu entschärfen. Vor einer Versammlung von Kommandeuren der Revolutionswächter in Teheran stellte er sich mit eindeutigen Worten hinter Präsident Khatami und warnte die anwesenden Offiziere vor jeder Intervention in die Politik, die Iran in einen Bürgerkrieg stürzen müsse.<sup>42)</sup> Zusätzlichen Rückenwind erhielt Khatami auch wenige Tage später von einer Reihe ranghoher Kommandeure der regulären Armee und der Revolutionswächter. In einem offenen Unterstützerbrief bekundeten sie dem Präsidenten ausdrücklich ihrer Loyalität.<sup>43)</sup> Diese Loyalitätsadresse zeigte, dass es in

38) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 25. 3. 2000, S. 4.

39) Genauer dazu siehe (auf Arabisch) *Al-Mujaz 'an Iran* (London), 9, no. 104 (April 2000), S. 13.

40) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 12. 4. 2000, S. 1.

41) Vgl. dazu (auf Arabisch) *Al-Wasat* (London), 24. 4. 2000, S. 18-20.

42) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 18. 4. 2000, S. 2.

43) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 22. 4. 2000, S. 2.



den bewaffneten Streitkräfte nicht nur – wie bereits allgemein bekannt – tiefe Risse zwischen der Armee und den Revolutionswächtern, sondern auch innerhalb der Revolutionswächter selbst gibt. Dass die obersten Führung unter Khamene`i sich nicht mehr uneingeschränkt auf die frühere Hauptsäule der inneren Sicherheit des Regimes verlassen kann, hatten bereits die Präsidentschaftswahlen 1997 bewiesen. Damals hatten trotz gegenteiliger Empfehlung ihres Oberkommandeurs 73 Prozent der Revolutionswächter für den Reformkandidaten Khatami gestimmt.<sup>44)</sup>

Der Gegenschlag der Konservativen ließ nicht lange auf sich warten. Zwischen dem 23. und 27. April ordnete die Justiz die Schließung von insgesamt 18 Zeitungen und Zeitschriften an, unter ihnen 15 mit reformerischer Tendenz. Zur Begründung dieser Zeitungsschließungen, die auch *Mosharakat*, die Zeitung von Khatamis Bruder betraf, erklärte die Justiz, dass sich diese Blätter der „Kulturoffensive der ausländischen Feinde Irans“ angeschlossen hätten.<sup>45)</sup> Ähnliche Anschuldigungen hatte Revolutionsführer Khamene`i bereits eine Woche zuvor öffentlich gegen Teile der Reformpresse erhoben. Mit diesem Frontalangriff auf das Khatami-Lager zielten die Konservativen darauf, den Reformprozess rückgängig zu machen. Schließlich sind die Zeitungen im Rahmen der noch schwach entwickelten Strukturen der iranischen Zivilgesellschaft die wesentlichen Triebkräfte gesellschaftlichen Wandels. Sie sind bis dato die einzigen effektiven Instrumente, mit denen die Gesellschaft die Staatsmacht kontrollieren kann und sind zudem als Diskussionsplattform für die Gestaltung der politischen Zukunft Irans unentbehrlich. Zugleich mit diesen Zeitungsverboten lud die Justiz eine Reihe namhafter Reformen, darunter auch den Präsidentenbruder Khatamis, Reza Khatami, vor Gericht und nahm einige von ihnen unter fadenscheinigen Vorwürfen in Haft. Auch Rafsanjani stimmte in den Chor derjenigen ein, die die Reformpresse der „Verletzung nationaler Interessen“ zeigten und hieß deren Schließung *expressis verbis* gut.<sup>46)</sup> Während nach diesem Schlag fast die gesamte Reformpresse ausgeschaltet worden war, übte sich Präsident Khatami in Geduld und Stillhalten. Er rief seine Anhänger auf, Besonnenheit und Ruhe zu bewahren

44) Dazu das Wochenmagazin (auf Arabisch) *Al-Wasat* (London), 18. 6. 1998, S. 14.

45) Siehe dazu (auf Arabisch) *Al-Mujaz`an Iran* (London), Nr. 104, Mai 2000, S. 10-12, sowie (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 28. 4. 2000, S. 2.

46) Vgl. dazu (auf Arabisch) *Az-Zaman* (Kuwait), 30. 4. 2000, S. 1.

und sich nicht durch diese gezielten Provokationen in eine Konfrontation ziehen zu lassen. Damit vermied er, seinen Gegnern einen Vorwand zu liefern, das für Ende Mai angesetzte Zusammentreten des neuen Parlaments zu verhindern. Erst Ende April gab der Wächterrat seine längst überfällige Anerkennung der Ergebnisse der ersten Wahlrunde bekannt und setzte den Termin des zweiten Wahlgangs, in dem noch 66 Mandate zu vergeben waren, auf den 5. Mai fest.<sup>47)</sup>

47) Vgl. dazu (auf Arabisch) *Al-Quds al-Arabi* (London), 26. 4. 2000, S. 3.

Nötig geworden waren die Nachwahlen, weil in keinem der 66 Wahlkreise ein Kandidat die im ersten Urnengang erforderlichen 25 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Seit dem 18. Februar hatten der Wächterrat einige der Wahlergebnisse in Frage gestellt, beispielsweise indem er die Wahlen für neun Sitze für ungültig erklärte und in den entsprechenden Wahlkreisen terminlich nicht genau definierte Neuwahlen festsetzte. Ferner entschied sich der Wächterrat bis Anfang Mai in vier weiteren Wahlkreisen für eine nachträgliche Korrektur der Wahlergebnisse, was zu einer Disqualifizierung von insgesamt zwölf siegreichen Kandidaten, alle ohne Ausnahme Reformer, führte. Aufgrund dessen kam es in den betroffenen Provinzen Irans zu Protestdemonstrationen und teils sogar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. In der Schwebe blieb aber weiterhin das Ergebnis der entscheidenden 30 Wahlmandate in Teheran, die der Wächterrat bis Anfang Mai nicht bestätigt hatte. Die Reformer argwöhnten, dass die Konservativen das Ziel verfolgten, die für den 27. Mai vorgesehene Einberufung des Parlaments zu verhindern, indem sie das Teheraner Wahlergebnis annullierten, denn ohne die 30 Sitze aus Teheran wäre das gesetzlich vorgeschriebene Quorum zur Konstituierung des Parlaments nicht erreicht.

Auch aus dem zweiten Wahlgang am 5. Mai, der eine hohe Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatte, waren die Reformer eindeutig als Sieger hervorgegangen. Nach der ersten Auszählung der Stimmen konnte die „Front des 2. Khordad“ von Präsident Khatami zwischen 46 und 52 der 66 zu vergebenden Mandate erringen, während die Konservativen lediglich zehn bis 15 Mandate bekamen. Die restlichen fünf Mandate gingen an unabhängige Kandidaten. Die Unklarheit der Mandatsverteilung auf die beiden

Lager erklärte sich aus dem Hang der Kandidaten, auf möglichst vielen Listen zu kandidieren, um so sicherer ins Parlament reiten zu können.<sup>48)</sup> Die drei Monate anhaltende quälende Ungewissheit über den Ausgang der Wahlen in Teheran erhöhte die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation des Machtkampfes zwischen Reformern und Konservativen. Als sich Mitte Mai die Spannung dem Siedepunkt näherte, sah sich Revolutionsführer Khamene`i schließlich gezwungen, ein Machtwort zu sprechen. Am 19. Mai forderte er den Wächterrat massiv auf, die Teheraner Wahlergebnisse anzuerkennen; eine Bitte, der dieser am 20. Mai nachkam.<sup>49)</sup> Nach den vom Wächterrat veröffentlichten Ergebnissen wurde Rafsanjanis Stimm-ergebnis auf wundersame Weise aufgewertet, so dass er vom 30. auf den 20. Platz kam.<sup>50)</sup> Zugleich wurde neben Rafsanjani noch ein weiterer Konservativer so weit aufgewertet, dass er einen Parlamentssitz erhielt. Als Ergebnis der Nachzählungen erhielten die Reformer 26 der 30 Mandate in Teheran. Auf nationaler Ebene war bis Mitte Mai 2000 die Vergabe von 42 von insgesamt 290 Mandaten noch ungeklärt, was entsprechende Nachwahlen erforderlich machte. Vorangegangen war dem Machtwort Khamene`is eine wenige Tage zuvor veröffentlichte Erklärung von 20 ranghohen Schia-Theologen aus Qom, Zentrum des schiitischen Islam in Iran und zugleich wesentliche theologische Kaderschmiede des Regimes. Deutlich sprachen die Theologen Präsident Khatami ihre Unterstützung aus, dessen Sieg in den Präsidentschaftswahlen von 1997 sie als „größte Chance für alle, die den Islam und die islamische Revolution lieben“, bezeichneten. Als die Unterzeichner ungenannte Kreise davor warnten, die Notwendigkeit von Reformen zu bestreiten, weil sie damit die Revolution und das System in Gefahr brächten, war klar, wenn sie damit meinten.<sup>51)</sup>

Entnervt durch monatelange Auseinandersetzungen um seine Person und zudem geschwächt durch sein schlechtes Wahlergebnis in Teheran entschied sich Rafsanjani kurz vor Eröffnung des neuen iranischen Parlaments, auf sein Mandat zu verzichten. Als Grund führte Rafsanjani unter anderem in seiner in einigen iranischen Zeitungen veröffentlichten Verzichtserklärung die „negative und falsche Propaganda“ an, die „innere und äußere Feinde der Revolution“

- 48) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 8. 5. 2000, S. 2.; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. 5. 2000, S. 7; *Neue Zürcher Zeitung* (Zürich), 8. 5. 2000, S. 2.
- 49) Siehe (auf Persisch) *Hams-habri* (Teheran), 20. 5. 2000, S. 2.
- 50) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 21. 5. 2000, S. 2.
- 51) Siehe (auf Arabisch) *Al-Watan al-'Arabi* (Kuwait), 15. 5. 2000, S. 6.

52) Vgl. (auf Persisch) *Jomhuriy-e Eslami* (Teheran), 23. 5. 2000, S. 3.

53) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. 5. 2000, S. 6.

54) Vgl. (auf Persisch) *Bayan* (Teheran), 26. 5. 2000, S. 1.

gegen ihn und die Prinzipien des Systems verbreitet hätten.<sup>52)</sup> Die wahren Ursachen dürften aber in einer eklatanten Fehleinschätzung Rafsanjanis und der ihn stützenden Konservativen zu suchen sein. Sie gingen davon aus, dass die Beliebtheit und die Einflussmöglichkeiten des langjährigen Spitzenpolitikers immer noch groß genug seien, um ihm nicht nur einen problemlosen Einzug ins Parlament, sondern sogar die Eroberung des Parlamentsvorsitzendenposten zu sichern. Das schlechte Abschneiden im ersten Wahlgang war eine Blamage, die Rafsanjani eines besseren belehrte. Sein beschädigtes Ansehen konnte Rafsanjani auch dann nicht aufbessern, als ihn der Wächterrat nach dreimonatigem Verwirrspiel vom 30. auf den 20. Platz hievte. Zu sehr haftete dieser Entscheidung das Odium einer Manipulation des Wählerwillens aus politischen Motiven an. Doch stellten sich nach Rafsanjanis demütigendem Rückzug viele Iraner von Anfang an die bange Frage, ob ein nicht in den parlamentarischen Getzgebungsprozess eingebundener Rafsanjani nicht noch unberechenbarer als zuvor würde und alles in seiner Kraft stehende täte, um die demokratischen Reformen gänzlich zu behindern? Dafür stünden ihm als Vorsitzenden des Feststellungsrates immer noch ausreichende Machtmittel zur Verfügung.<sup>53)</sup>

Nach wochenlangen Diskussionen und Streitigkeiten, die zeitweise das Reformlerlager zu spalten drohten, einigten sich deren führenden Protagonisten zwei Tage vor der Eröffnung der Legislative auf einen gemeinsamen Kandidaten für den Posten des Parlamentsvorsitzenden. Die Wahl fiel auf einen Kompromisskandidaten, Hojjatoleslam Mehdi Karrubi, den Vorsitzenden der „Gemeinschaft der Kämpfenden Kleriker“ (*majma'-e ruhaniyun-e mobarez*, MRM).<sup>54)</sup> Karrubi, ein langjähriger Weggefährte Khatamis und in den achtziger Jahren ein enger Vertrauter des Republikgründers Khomeini, hatte bereits zwischen 1988 und 1992 dieses Amt innegehabt. Mit der Wahl Karrubis zerschlugen sich die Hoffnungen vieler an radikaleren Reformen interessierter Khatami-Anhänger, die es vorgezogen hätten, einen Nichtkleriker, wie z. B. den ehemaligen Schwerindustrieminister Behzad Nabavi, auf dem Posten des Parlamentsvorsitzenden zu sehen. Karrubi gilt als ein Mann der Vergangenheit. Unbestritten ist Karrubi

ein harter politischer Gegner der Konservativen und hat sich zudem seit 1997 als überzeugter Unterstützer Khatamis und dessen maßvollen Liberalisierungskurses erwiesen. Andererseits hat Karrubi weniger Neigung als andere prominente Reformer erkennen lassen, das von Khomeini 1979 in Iran eingeführte theokratische Staatsprinzip, der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih*), zugunsten einer realen Stärkung des islamischen Republikanismus ernsthaft einzuschränken.<sup>55)</sup> Um sowohl die fragile Einheit des Reformlerlagers als auch die Verwirklichung des Reformprogramms nicht zu gefährden, hatten sich jedoch Präsident Khatami als auch sein Bruder, der Führer der Mosharakat-Partei, entschieden, Karrubi zu unterstützen. Motiviert war deren Entscheidung aber auch durch Rücksichtnahme auf die Konservativen. Zwar erfreut sich Karrubi in deren Kreisen keiner großen Sympathien, doch gilt er unter deren führenden Pragmatikern als zuverlässiger und berechenbarer Mann der alten Garde des Revolutionsgründers Khomeini, von dem kein radikaler Umbau des Systems zu erwarten ist.<sup>56)</sup>

Am 27. Mai 2000 wurde das sechste Parlament der Islamischen Republik Iran mit Grußadressen des Revolutionsführers und des Präsidenten eröffnet, die kaum widersprüchlicher hätten sein können. Obwohl die Hauptvertreter beider Lager sich bemüht zeigten, die vor und nach den Wahlen aufgerissenen Gräben nicht zu vertiefen und die Unabdingbarkeit nationaler Einigkeit hervorhoben, verdeutlichten die Kernbotschaften ihrer Reden die letztlich unüberbrückbaren politischen Gegensätze der Machtelite Irans. Während in der von seinem Büroleiter Mohammed Golpayegani vorgelesenen Rede Khamene`is das Schwergewicht fast allein auf dem islamischen und revolutionären Charakter von Macht lag, hob Khatami vor allem auf die im Parlament verkörperte demokratische Legitimierung von Macht ab.<sup>57)</sup>

Im neuen sechsten iranischen Parlament dürften die Reformer mit ca. 186 von insgesamt 290 Mandaten über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Im Vergleich zum fünften Parlament, in dem sie zwischen 80 und 90 Mandaten hatten, ist dies eine beträchtliche Verbesserung. Zum Zeitpunkt der Eröffnung musste die Vergabe von 37 weiteren Mandaten noch

55) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 1. 6. 2000, S. 2.

56) Siehe dazu (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 31. 5. 2000, S. 2.

57) Vgl. (auf Persisch) *Hamsbahri* (Teheran), 28. 5. 2000, S. 2-3.

durch Nachwahlen oder Entscheidungen des Wächterrats geklärt werden. Mit nur noch ca. 44 Mandaten im neuen gegenüber 120 im alten Parlament hatten die Konservativen ihre einstmals dominante Position in der Legislative verloren. An Unabhängige gingen ca. 18 Mandate, an die religiösen Minderheiten fünf Mandate.<sup>58)</sup>

58) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. 5. 2000, S. 6.

### ■ **Unwägbarkeiten des weiteren zukünftigen Reformprozesses**

Der Gewinn der Parlamentswahlen durch die iranischen Reformer hat im westlichen Ausland hochgespannte Erwartungen auf weitere und vor allem unumkehrbare Fortschritte in dem von Präsident Khatami 1997 eingeleiteten demokratischen Reformprozess geweckt. Zweifellos ist diese Option nicht gänzlich ausgeschlossen, zumal die hochkomplexen politischen Entwicklungen in Iran in stetem Fluss und – wie die Wahl Khatamis selbst beweist – immer für unvorhersehbare Wendungen gut sind. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Option ist jedoch, wenn man die realen Machtverhältnisse in Iran genau analysiert, relativ gering. Fünf der wesentlichen Gründe dafür sollen hier kurz skizziert werden.

Erstens kann an der grimmigen Entschlossenheit eines harten Kerns unter Khatamis Gegnern, die Macht keinesfalls friedlich aus den Händen zu geben, kein Zweifel bestehen. Sie korrespondiert mit der Bereitschaft eines beachtlichen Teils der Reformerkolalition, eine Zuspitzung des Machtkampfes mit den Konservativen aus Angst vor einer gewaltsamen Eskalation, die in einen umfassenden Bürgerkrieg münden könnte, im entscheidenden Krisenmoment abzubrechen – selbst um den Preis, dadurch dauerhaft zu eigener Machtlosigkeit verurteilt zu sein.

Zweitens gilt es nicht zu vergessen, wie zerbrechlich die Reformerkolalition selbst ist. Mehrere Führungskader der von Rafsanjani aufgebauten und ihm gegenüber partiell immer noch loyalen Partei der „Diener des Wiederaufbaus“ müssen als unsichere Kantonisten innerhalb der Koalition gelten. Bei der Berufung in seine Regierungsmannschaft hat Khatami 1997 einige dieser Vertreter eines wirtschaftsliberalen Kurses aus der alten Regierung Rafsanjanis übernommen. Das Ergebnis sind bis jetzt anhaltende Rivalitäten zwischen diesen Wirtschafts-

liberalen, darunter Zentralbankchef Mohsen Nurbakhsch, und die von Khatami ebenfalls in die Regierung geholten Linksislamisten, etwa in den Ressorts Handel und Finanzen. Sie waren einer der Gründe, warum Khatami bis Mitte 2000 kein in sich stimmiges und praktikables Reformprogramm zur Überwindung der Wirtschaftskrise erstellen konnte.<sup>59)</sup> Bei einer Zuspitzung des Machtkampfes zwischen Khatami und Rafsanjani ist nicht ausgeschlossen, dass zumindest Teile der Partei der Dienstleister des Wiederaufbaus der Versuchung erliegen und sich auf die Seite der Konservativen schlagen könnten. Der daraus erwachsende Schaden für den gesamten Reformprozess wäre unabsehbar.

Drittens muss gefragt werden, ob Khatami den ungestümen Reformdrang eines Teils seiner Anhänger, darunter vor allem Jugendliche und Studenten, dauerhaft im Zaum halten kann. Insbesondere unter Irans knapp zwei Millionen Studenten ist das Unruhepotential enorm groß. Anfang Juli 1999 provozierten die Schließung einer Reformzeitung und der brutale Überfall von Polizeieinheiten und extremistischen Schlägermilizen auf ein Teheraner Studentenwohnheim den Ausbruch von viertägigen massiven Studentenprotesten. Als die anfänglich friedlichen und mit über 10 000 Teilnehmern größten Anti-Regierungsproteste seit 1979 gewaltsame Formen annahmen, ließ die iranische Führung unter Khamene`i und Rafsanjani sie mit eiserner Faust niederschlagen. In den darauffolgenden Monaten sprach die Justiz eine Reihe von Todesurteilen gegen mehrere vermeintliche Rädelsführer der Unruhen, die – so die regierungsamtliche Darstellung – von feindlichen ausländischen Kräften aufgehetzt worden seien. Die Härte dieser Urteile, die teilweise später in hohe Haftstrafen umgewandelt wurden, steht im krassen Widerspruch zu den milden Strafen, die die ebenfalls verurteilten Polizeioffiziere, die den Einsatzbefehl für den Sturm auf das Studentenheim gaben, erhielten. Wohl folgt derzeit noch eine Mehrheit der islamischen Studentenorganisationen den von Khatami ausgegebenen Aufrufen, Ruhe, Selbstdisziplin und Besonnenheit zu bewahren, doch unverkennbar ist die Glut unter der Asche längst nicht erloschen.<sup>60)</sup>

Viertens dürfen die Möglichkeiten des Parlaments, Reformgesetze gegen den Widerstand der von Kon-

- 59) Siehe Jahangir Amuzegar: „Khatami and the Iranian Economy at Mid-Term“, in: *Middle East Journal* 53, no. 4 (Autumn 1999), S. 534-552, hier S. 540.
- 60) Zu den Studentenunruhen vom Juli 1999 siehe Buchta: *Who Rules Iran?* (Washington: 2000), S. 187-192.



- 61) *The Constitution of the Islamic Republic of Iran*, 2<sup>nd</sup> edition (Teheran: Islamic Propagation Organization, 1990), S. 64.
- 62) Siehe (auf Arabisch) *Ash-Sharq al-Awsat* (London), 12. 4. 2000, S. 2.
- 63) *The Constitution of the Islamic Republic of Iran*, 2<sup>nd</sup> edition (Teheran: Islamic Propagation Organization, 1990), S. 57.

servativen dominierten Institutionen des Wächterrats, des Feststellungsrats und der Justiz durchzusetzen, nicht überschätzt werden. Der Wächterrat besteht aus sechs vom Revolutionsführer direkt ernannten schiitischen Theologen (*fuqaha*) und sechs vom Parlament auf Vorschlag des Justizchefs ernannten nicht-geistlichen Juristen. Falls die Mehrheit der sechs *fuqaha* des Wächterrats eine Gesetzesvorlage des Parlaments als unvereinbar mit dem Islam erachtet, kann sie laut Artikel 96 der iranischen Verfassung keine Gesetzeskraft erlangen.<sup>61)</sup> Wenn eine parlamentarische Gesetzesvorlage trotz Überarbeitung mehrmals abgelehnt wird, beauftragt der Revolutionsführer den Feststellungsrat damit, eine Entscheidung zu treffen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein von Rafsanjani beherrschter Feststellungsrat keines der vom Wächterrat bereits abgelehnten reformorientierten Gesetzentwürfe des Parlaments genehmigen wird. Dass Rafsanjani alles tun wird, um Versuche eines von Reformern dominierten Parlaments zur Erweiterung seiner Machtkompetenzen bereits im Keim zu ersticken, verdeutlichte ein Mitte April 2000 veröffentlichter Beschluss des Feststellungsrates. Dieser Beschluss legt eindeutig fest, dass es dem Parlament untersagt ist, Untersuchungen anzustellen, die jene Institutionen betreffen, deren Führer vom Revolutionsführer bestimmt werden. Unter diesen Beschluss fallen die Justiz, die Polizei, die bewaffneten Streitkräfte, die staatlichen Rundfunk- und Fernsehmedien und die revolutionären Stiftungen.<sup>62)</sup> Dieses Votum setzte das dem Parlament laut Artikel 76 der Verfassung zustehende Recht, alle Angelegenheiten des Landes zu untersuchen,<sup>63)</sup> de facto außer Kraft. Der neuen Legislative ist somit der Weg verlegt, eigene Untersuchungsausschüsse zur Duchforstung der kriminellen Geflechte in Justiz, Polizei sowie Streit- und Sicherheitskräften einzusetzen.

Eines der Haupthindernisse des neuen Parlaments ist der Wächterrat, dessen Mitglieder ausnahmslos Konservative sind. Hoffnungen, die sich darauf richten, dass Khamene'i oder der von ihm bestellte Justizchef, Mahmud Al-Hashemi-Shahrudi, bei den im Turnus von drei beziehungsweise sechs Jahre fälligen Neubesetzungen des Gremiums reformorientierte geistliche oder nichtgeistliche Juristen berücksichtigen werden, sind unrealistisch. Ein eigenes

Vorschlagsrecht zur Besetzung der sechs nichtklerikalen Wächterratsmitglieder besitzt das Parlament nicht. Seit der Amtsübernahme Khatamis hat die Justiz ihn wiederholt herausgefordert, indem sie gegen eine Vielzahl von Reformern und engen Mitstreitern Khatamis Prozesse anstrebte und Khatami dabei mit den eigenen Waffen schlug. Gegenüber den formalrechtlich korrekt begründeten Attacken seiner Gegner ist Khatami, der unaufhörlich fordert, die bestehende Verfassung und die Gesetze einzuhalten, wehrlos. Allenfalls auf dem Wege informeller, unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführter Verhandlungen mit dem Justizchef, Rafsanjani und Khamene'i kann Khatami seinen Einfluss nutzen, um seine Anhänger vor dem Schlimmsten zu bewahren. Neuere Beispiele für Khatamis offensichtliche Ohnmacht gegenüber den Machenschaften der Justiz sind zahlreich. Dazu zählen unter anderem die Ende April 2000 erfolgten Zeitungsschließungen, die seit Mitte 1999 laufenden Gerichtsverhandlungen gegen 13 iranische Juden, die angeblich im Auftrag Israels spioniert haben sollen, sowie die Gerichtsprozesse gegen die iranischen Teilnehmer an einer von der Heinrich-Böll-Stiftung Anfang April 2000 in Berlin abgehaltenen Konferenz zum Reformprozess in Iran. Radikalen exiliranischen Oppositionellen gelang es, die vom iranischen Fernsehen gefilmte Veranstaltung massiv zu stören. Durch die in Iran später im Fernsehen ausgestrahlten Bilder der Konferenz wurden die bei ihr anwesenden iranischen Reformpolitiker, Kleriker und Journalisten schwer diskreditiert. Bei ihrer Rückkehr ließ sie die Justiz unter dem Vorwurf, sich nicht von den Regimegegnern distanziert zu haben, verhaften und vor Gericht stellen.<sup>64)</sup>

Fünftens sollten die Gefahren berücksichtigt werden, die dem Reformprozess durch mörderische Verzweiflungstaten einiger in die Enge getriebener extremistischer Konservativer drohen. Bereits der Mordanschlag auf Hajariyan hatte bei vielen Iranern die Furcht geweckt, dass auch Präsident Khatami Opfer eines Attentats werden könnte. Nahrung erhielten diese Befürchtungen durch die Mitte März bekanntgewordenen ungewöhnlichen Anordnungen des Revolutionsführers Khamene'i. Zum ersten Mal seit Mitte 1997 befahl Khamene'i, Teile der Präsidentschutzgarde auszutauschen und einige ihrer Kommandeure

64) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. 4. 2000, S. 7.

65) Hierzu siehe (auf Arabisch) die Ausgaben von *Asb-Sharq al-Awsat* (London), 17. 3. 2000, S. 2 sowie 1. 4. 2000, S. 2.

66) Genauer dazu siehe (auf Arabisch) *Asb-Sharq al-Awsat* (London), 30. 5. 2000, S. 1.

deure zu anderen Einheiten abzukommandieren.<sup>65)</sup> Noch größeren Anlass zu Sorge gaben den Iranern Ende Mai 2000 Gerüchte über einen geplanten Mordanschlag auf Präsident Khatami, der in letzter Minute vereitelt werden konnte. Die in einer arabischen Tageszeitung abgedruckten Aussagen von Ahmad Tavakkoli, einem einflussreichen konservativen Politiker und ehemaligen Industrieminister, der Rafsanjani in den Präsidentschaftswahlen 1993 als Gegenkandidat herausgefordert hatte, erhärteten die Gerüchte. Er bestätigte, dass der Sondergeheimdienst der Revolutionswächter einen Wächter aus der Leibgarde des Präsidenten wegen eines geplanten Anschlags auf ihn verhaftet hatte.<sup>66)</sup> Tavakkoli wollte nicht ausschließen, dass sich solche Versuche wiederholen könnten.

Nach Angaben, die der Verfasser aus Kreisen im Umfeld der Kulturberater des Präsidenten erhielt, hat sich der Vorfall ungefähr drei Wochen nach der ersten Parlamentswahlrunde zugetragen. Bei dem Verhafteten handelt es sich um den stellvertretenden Befehlshaber der 1000 Mann starken Leibwache Khatamis, die aus Mitgliedern der Revolutionswächter (*pasdaran*) besteht, welche in sieben unterschiedlichen Selektionsverfahren besonders gründlich auf ihre Loyalität zum Präsidenten geprüft werden. Der Offizier hatte sich im religiösen Zentrum Qom an den namhaften schiitischen Großayatollah Mohammed Fazel-Lankarani gewandt und ihn um ein islamisches Rechtsgutachten (*fatva*), dass die Tötung des Präsidenten für zulässig erklärt, gebeten. Als Ayatollah Fazel-Lankarani, der im innenpolitischen Ringen zwischen dem Reformier und konservativen Lager eine unabhängige Position vertritt, diese Bitte entschieden zurückwies, wandte sich der Attentäter an Nuri Hamadani, einen anderen Großayatollah in Qom. Obwohl Hamadani, der seinen Aufstieg in den theologischen Rang eines Großayatollah vor allem der systematischen Förderung durch die Konservativen verdankt, einig Verständnis für das Ansinnen des Attentäters zu erkennen gab, verweigerte er diesem dennoch seine schriftliche Zustimmung und blieb unbestimmt. Als der Attentäter aus Qom zurückkehrte, wurde er auf Weisung des Nationalen Sicherheitsrates unter dem Vorsitz von Khatami verhaftet. Zuvor hatte Fazel-Lankarani seinen Sohn, Hadi Fazel-Lankarani, nach Teheran entsandt, um

Khatami vor dem Vorhaben des Leibwächters zu warnen.<sup>67)</sup> Aus Furcht vor der Rache extremistischer konservativer Kreise war Fazel-Lankaranis Sohn in der Folgezeit gezwungen, sich versteckt zu halten. Seit Mai 2000 ist sein Aufenthaltsort in Iran unbekannt, vermutlich hat er sich in die Türkei abgesetzt. Nach Angaben aus Kreisen der klerikalen schiitischen Exilopposition handelte es sich bei dem Attentäter um Major Qasem Amir-Afshari. Vor seinem Dienst in der Präsidentengarde war Amir-Afshari im Sondergeheimdienst der Revolutionswächter (*edare-ye hefazat va ettela'at-e pasdaran*, EHEP) tätig.<sup>68)</sup> Im EHEP soll es eine aus höheren Offizieren zusammengesetzte klandestine Verschwörerzelle geben, die sich durch die fortschreitenden Reformen bedroht fühlen und glauben, mit der Ermordung Khatamis die Wurzel allen Übels (*omm ol-fasad*) ausreißen zu können. Wie die klerikale schiitische Exilopposition berichtet, hat der EHEP selbst Amir-Afshari verhaftet. Seine Auslieferung an den zumindest teilweise von Khatami kontrollierten VEVAK soll der EHEP bislang verweigert haben, was er damit begründet, ihn selbst verhören zu müssen, da nur durch eine interne Untersuchung sicherzustellen sei, dass das gesamte Verschwörernetz ausgehoben werden könne.<sup>69)</sup>

Der Sturz oder die Ermordung Khatamis hätte katastrophale Folgen für den Reformprozess in Iran. Eine Radikalisierung derjenigen Gruppen unter den Khatami-Anhängern, die bereits jetzt raschere und durchgreifendere Reformen fordern und von Khatami nur mit Mühe im Zaum gehalten werden können, wäre unausweichlich. Eine Khatami vergleichbare zweite Integrationsfigur der buntscheckigen Reformkoalition, die auf ebenso breite Unterstützung im Volk bauen kann, gibt es nicht. Khatami versteht es wie kein anderer, die widerstreitenden Interessen der unterschiedlichen Reformgruppierungen auszugleichen und zugleich mit vorsichtigem Augenmaß und ruhiger Beharrlichkeit das System von innen zu reformieren, ohne es zu zerschlagen. Sollte er von der Bühne abtreten, schließe die Stunde der Radikalreformer wie 'Abdollah Nuri. Nuri gilt in Iran als jemand, der keiner Konfrontation mit den Konservativen ausweicht, auch auf die Gefahr hin, die fragile Machtbalance zu zerstören und den Ausbruch eines Bürgerkriegs heraufzubeschwören.

67) Interview des Verfassers mit einem prominenten iranischen Reformler, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben muss. Teheran, den 31. 5. 2000.

68) Zum EHEP siehe Buchta: *Who Rules Iran?* (Washington: 2000), S. 69 und S. 165.

69) Telefoninterview des Verfassers mit Mitarbeitern des gewaltfreien „Komitees zur Verteidigung der Rechte der schiitischen marja'ia in Iran (*lajnat ad-difa'an buhuq al-marja'ia fi Iran*) in London, 10. 6. 2000.

## ■ Perspektiven

Obwohl der Sieg der Reformer in den Parlamentswahlen die Lebendigkeit des Reformprozesses erneut unter Beweis stellen konnte, hat er die Grundfesten des Systems, an dem auch die Majorität der Reformer festhält, nicht erschüttert. Eine vom Parlament initiierte Grundsatzdiskussion über die Trennung von Politik und Religion steht – zumindest unter einem Parlamentspräsidenten Karrubi – nicht zu befürchten. Nach den Präsidentschaftswahlen von 1997 und den Kommunalwahlen 1999 haben die Parlamentswahlen 2000 zum dritten Mal signalisiert, dass circa drei Viertel der Bevölkerung eine friedliche und schrittweise Umwandlung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen innerhalb des existierenden Systemrahmens wünschen. Unbestritten wissen auch die Pragmatiker im konservativen Lager, dass die vollkommene Missachtung dieses Signals landesweite Proteste und Unruhen auslösen muss.

Der wahrscheinlich größte Effekt der Wahlen wird eine weitere Verbesserung des Ansehens Irans sein, der im Westen mehr und mehr das Image eines autoritären, intoleranten und radikal-islamistischen Staates verliert. Ob es der Regierung Khatamis aber gelingt, durch den Parlamentswahlsieg ihre Handlungsspielräume beträchtlich zu erweitern, muss die Zukunft zeigen. Dies hängt zum einen von der Fähigkeit des Reformerlagers ab, längere Zeit Einigkeit und Geschlossenheit zu bewahren, und zum anderen auch von der Gegenstrategie der Konservativen, die sich in der Defensive befinden. Letztere könnten nach dem Verlust des Parlaments unter Umständen gewillt sein, ihren Widerstand gegen die Reformpolitik Khatamis noch stärker als bisher auf Wege und Instrumente zu verlagern, die ausserhalb staatlicher Institutionen und verfassungsmäßig-rechtlicher Normen liegen. Welche Mittel sie einsetzen werden, um die Reformdynamik zu verlangsamen, und ob sie aus Mangel an Alternativen letztendlich nicht doch bereit sein könnten, diese durch Einsatz blanker Gewalt zu stoppen, ist schwer voraussagbar.

Da nun die Blockadepolitik der Konservativen als Entschuldigungsgrund wegfällt, wird die Regierung Khatamis zweifellos einem erhöhten Druck an Erwartungen ihrer Anhänger ausgesetzt sein, ihre Reformvorhaben in die Tat umzusetzen. Hinzu

kommt, dass die zunehmend prekärer werdende Wirtschaftslage Khatami vor große, kaum überwindbare Probleme stellt. Ob und inwieweit die Konservativen bereit sind, ihm bei deren Bewältigung zu helfen, wird sich nach der Sommerpause des Parlaments erweisen. Um die bisherige Vitalität des Reformprozesses aufrechtzuerhalten, ist der Schutz und die Erweiterung der Presse- und Meinungsfreiheit, der größten Errungenschaft der bisherigen Regierungsära Khatami, unabdingbar. Viel wird deshalb davon abhängen, wie die sich bereits andeutende Machtprobe von Parlament und Regierung auf der einen und der Justiz auf der anderen Seite um die Wiederezulassung der im April 2000 geschlossenen Reformzeitungen ausgehen wird.

Das Manuskript wurde am 30. 6. 2000 abgeschlossen.